

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 29. Dezember 1927

B E R A T U N G D E S H A U P T V O R A N S C H L A G E S 1928

Bürgermeister Saitz eröffnet um vier Uhr die Sitzung.

Es wird die Beratung des Voranschlages der Gruppe VIII fortgesetzt. Gemeinderat Dr. Pfeiffer (E. L.) beschäftigt sich mit den Ausführungen des Vizebürgermeisters Emmerling über die Schaffung neuer Autobuslinien und äussert die Meinung, dass Autobuslinien nur als Ergänzungslinien der Strassenbahn, nicht als Konkurrenzlinien in Betracht kommen. Auch durch eine Verdichtung des Strassenbahnverkehrs kann nicht geholfen werden, da es an den notwendigen Wagenpark fehlt. Man müsste dem Schnellbahnprojekt nach den Plänen Hocheneggs <sup>solche</sup> hinhaltetreten. Eine Verbindungslinie von der Norwest- beziehungsweise Nordbahn über die Nordwestbahnstrecke nach Heiligenstadt hätte nicht nur Bedeutung für die Überführung des Vollverkehrs auf der Nord- und Norwestbahnlinie in den Stadtverkehr, sie wäre auch ausserordentlich bedeutungsvoll für den Verkehr der Arbeiterbevölkerung, für den geschäftlichen Verkehr. Ausserdem würde die Verwirklichung eines solchen Projekts weiche Arbeitsmöglichkeit schaffen. Der Redner polemisiert sodann gegen die Behauptung des Referenten, dass die städtischen Unternehmungen nicht auf Gewinn berechnet seien indem er darauf hinweist, dass der Betrag von ungefähr fünf Millionen, der aus dem Titel Fürsorgeabgabe von den städtischen Unternehmungen gezahlt wird, tatsächlich ein sehr ansehnlicher Reingewinn sei. Dass der Gaspreis nicht verteuert worden ist, ist keine besondere Leistung, da man, bei der Erhöhung der Gasproduktion auf das Doppelte und der dadurch eingetretenen Verbilligung der Produktionskosten eine Verbilligung des Gaspreises hätte erwarten können. Der Redner kritisiert sodann die Unklarheit der Bilanzen der städtischen Unternehmungen und unterstützt den Antrag Scholz auf Rückerstattung der Vorauszahlungen für Gas- und elektrischen Strom. Er errechnet sodann, dass wenn man eine einzige Strassenbahnfahrt zugrunde legt auf den Kopf der Bevölkerung 12 ein halb Schilling pro Jahr entfällt, ein Betrag der für die schlecht bezahlten Bevölkerungskreise eine sehr grosse Rolle spielt. In Berlin beträgt der Einheitspreis 20 Pfennige, dagegen kann man dort von der elektrischen auch auf die Autobusse und die Untergrundbahn umsteigen.

Vizebgr. Emmerling: Das ist falsch!  
Entscheidende

GR. Dr. Pfeiffer: Das ist aber, dass diese zwanzig Pfennige nach der Kaufkraft ungefähr 20 Groschen entsprechen, sodass also der Berliner Tarif billiger ist als unser Tarif (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Der Redner wendet sich sodann dagegen, dass am 15. Juli der Strassenbahnverkehr stillgelegt wurde und verlangt, dass den Angestellten der Strassenbahnen klar gemacht werde, was sie der Bevölkerung in ihrem Dienste schuldig sind. Er kritisiert sodann die Plakatierung in den Strassenbahnen und wendet sich insbesondere dagegen, dass in einem Plakat der Verkauf von polnischen Schnäpsen empfohlen wird. Schliesslich urgiert er den Bau der Strassenbahnlinie durch das Krottenbachtal, verlangt, dass der Umsteigerverkehr von der Strassenbahn

auf den Autobus durchwegs und insbesondere für die Strecke Neustift und Salmansdorf ermöglicht werde. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Stöger (E. L.) bezeichnet es als traurig, dass manche der Männer, die einst auf hohen Posten in vorbildlicher Weise ihre Pflicht erfüllten und zu denen die Bevölkerung mit Stolz und Dankbarkeit aufschaut jetzt der Meinung sind, die Bevölkerung sei ihretwegen da und nicht umgekehrt. Das gilt leider auch für den Direktor der Strassenbahn. Die einst so berüchtigte polnisch-galizische Wirtschaft der Vorkriegszeit ist auf Wien übertragen, einerseits bezüglich des Zustandes der Strassen, andererseits in der Verlotterung der Strassenbahn. Auf den frequenztesten Linien erinnert überhaupt noch nur die Oberleitung und die Schienen daran, dass wir dort eine Elektrische haben. Es fahren oft Vehikel, die als Modelle für die erste Strassenbahn gedient haben. Die Pausen sind endlos und die Intervalle zu gross. Das Vieh im Viehwagen wird oft humaner behandelt als heute die Fahrgäste auf der Strassenbahn. Die Automobilisierung wird wohl eine Erleichterung schaffen, nicht aber Abhilfe bringen. Würde der Referent am eigenen Leibe die Folgen dieser Verkehrsmisere fühlen so würde er nicht zulassen, dass der städtische Finanzminister Millionen auf Millionen häuft, während die dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung nicht erfüllt werden. Der Redner beschwert sich sodann darüber, dass in den letzten Tagen anlässlich eines Rohrbruches am Favoritnerplatz ein nur sehr mangelhafter Pendelverkehr eingerichtet wurde. Er verlangt schliesslich mehr Reinlichkeit in den Strassenbahnen und bezeichnet die brutale Drosselung des Personals als eine der Hauptursachen der Unreinlichkeit auf den Strassenbahnen (Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Kolassa (E. L.) verlangt den endlichen Bau der Linie nach Neustift und Salmansdorf, um die die Wgringer seit Jahrzehnten kämpfen. Der Bau der Linie ist nicht nur deshalb notwendig, weil diese beiden Orte Ausflugsorte sind, sondern auch im Interesse der dort beschäftigten Arbeiter und der Siedler, die heute den Weg zu Fuss machen müssen. Autolinien können nur ein Provisorium sein, das bald durch den Bau der Strassenbahnlinie beseitigt werden muss. Der Redner wendet sich ferner dagegen, dass das Umsteigen vom Autobus auf die Elektrische nicht gestattet werden soll und fragt, wieso die Bevölkerung von Neustift und Salmansdorf beziehungsweise die dort Beschäftigten dazu kämen neben dem Preis für den Autobus auch den Strassenbahntarif zu bezahlen, auch wenn diese Linie nicht rentabel wäre würde das die Rentabilität der Strassenbahnen sicherlich nicht beeinträchtigen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Binder (E. L.) verlangt eine Verbesserung der Beleuchtung der Strassenbahn und bringt sodann eine Reihe von Wünschen des II. Bezirks vor. Der Verkehr auf der F Linie müsste gebessert und neben dem F Wagen ein Pendelverkehr zum Ring eingeführt werden. Der Autobusverkehr müsste bis St. Marx geführt werden. Eine Verdichtung der J Linie wäre schon mit Rücksicht auf die zahlreichen Neubauten in Erdberg notwendig. Diese Linie sollte bis zu den Gaswerken fortgesetzt werden. Der Redner verlangt ferner, dass ein Zug der F Linie auch über den Kai und die vom Prater über die Löwengasse geführt werden auch über den Ring geführt werden. Schliesslich wünscht er die Schaffung einer Haltestelle bei der Beatrie- und Gärtnergasse und die Rückverlegung der Haltestelle bei der Dapontegasse in die Neulinggasse-Ungargasse (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Lehninger (E.L.) bemerkt, Vizebgm. Emmerling habe es meisterhaft verstanden, die Wiener Bevölkerung mit seinem Referat zu "pflanzen". Die Personalbesüge sind zu hoch, die Einnahmen lächerlich gering eingestellt. Wenn man bedenkt, dass die <sup>letzte</sup> Tarifierhöhung bei den Strassenbahnen 18 einhalb Prozent betragen <sup>hat</sup>, dass den Angestellten aber nur eine vierprozentige Erhöhung und den Pensionisten gar nichts gegeben wurde, wenn man weiter bedenkt, dass seit dem Jahre 1924 der Tarif um 56 Prozent erhöht wurde, <sup>während</sup> man den Angestellten nur zehn Prozent mehr gegeben hat, muss man fragen wie so ein Defizit bzw. ein so lächerlich geringer Reingehalt möglich ist. Der Voranschlag wird nicht detailliert. Er ist in jeder Beziehung salopp zusammengestellt. Der Redner verlangt Aufklärung über die Post "Verlustvorträge" sowie über die Post Ruhe- und Versorgungsgenüsse, die in jedem Jahre geringer wird, sowie eine Detaillierung der Post "Allgemeine Unkosten". Eine Verbesserung des Strassenbahnverkehrs wird auch mit 260 neuen Wagen nicht möglich sein, solange eine ausreichende Personalvermehrung nicht eintritt und man den Achtstundentag nicht sich voll auswirken lässt. In einer Besprechung der Betriebsunfälle stellt Redner fest, dass die Ausstattung der Strassenbahnwagen äusserst mangelhaft ist, dass an den Betriebsunfällen auch die Ueberfüllung schuld sei, die nirgends so arg ist wie bei uns sowie die Ueberanstrengung des Personals. Verantwortlich für die Betriebsunfälle ist daher nicht das Personal, sondern die Gemeindeverwaltung, die die Strassenbahn nach echt kapitalistischen Grundsätzen führt. Der Redner beschwert sich sodann über die langen Intervalle auf den den nach Hietzing führenden Linien und bemerkt, dass die Reinigung der Strassenbahnwagen viel schlechter sei als im Jahre 1913. Schliesslich erinnert er an seine in der Generaldebatte vorgebrachten Beschwerden über die Behandlung des Strassenbahnpersonals und richtet an den Vizebgm. Emmerling den Appell, das Personal objektiv zu behandeln und dafür Sorge zu tragen, dass die neue Wahlordnung für die Personalvertretung von der Strassenbahndirektion möglichst bald vorgelegt werde. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Unterwiesing (E.L.) bezweifelt die Richtigkeit der bei der letzten Tarifierhöhung vom Referenten vorgebrachten Gründe. Es wurde damals mit einem Rückgang der Frequenz und mit einem Defizit gerechnet. Heute wird ein wenn auch nur kleiner Ueberschuss und eine Frequenzzunahme veranschlagt. Obwohl bei der Art der Bilanzierung der städtischen Unternehmungen alles so gerichtet werden kann, wie man es für notwendig erachtet, so wäre doch eine genaue Darstellung erwünscht.

Die Mehrheit behauptet immer, aus Wien eine Weltstadt gemacht zu haben. Dazu gehört aber auch ein weltstädtischer Verkehr. Davon ist aber nichts zu sehen. Schliesslich wird doch der Bau einer Untergrundbahn in absehbarer Zeit nähergetreten werden müssen. Auch der Autobusverkehr ist heute völlig unzulänglich. Es sind viel zu wenig Wagen vorhanden. Das führt dazu, dass beispielsweise bei der Oper fortwährend Verhandlungen zwischen dem Fahrer und dem Publikum stattfinden. Der Fahrer ist nämlich der Meinung, dass der Wagen schon komplett sei, während die Fahrgäste das bestreiten. Erst nach langwierigen Verhandlungen setzt sich dann doch der Wagen in Bewegung. Beschwerden bei der Direktion werden überhaupt nicht beachtet. Die Wünsche der Bezirksvertretungen, selbst wenn sie noch so begründet sind, bleiben ebenfalls unberücksichtigt. Herzlich wenig hat der Referent über die neue Sandlindenlinie berichtet. Ihre Führung würde gewiss tausende von Menschen interessieren. Der angekündigte zweigeleisige Ausbau des 10er Wagens in der Reingasse hat gar keinen Zweck, wenn nicht auch die eingleisige Strecke dieser Linie in der Hüttengasse zweigeleisig ausgebaut wird.

Für die Mariahilfer Bevölkerung ist die Wiedereinführung der Linie K eine wirtschaftliche Notwendigkeit, ebenso wie die Ausgestaltung der Linien 57 und 157, die beide viel zu lange Intervallen haben. Bei der grossen Kälte in den letzten Tagen mussten die Bediensteten genau so viel Touren leisten, wie bei normaler Witterung. Das war früher nicht so. Heute aber sagen die Vertrauensmänner, dass eine Verminderung der Tourenzahl nicht im Kollektivvertrag steht. Das ist sehr bequem, schädigt aber das Personal an der Gesundheit.

Bei der Strassenbahn hat man übrigens auch für das fahrende Publikum nichts übrig. Was man sich hier erlaubt, ist nur in Wien möglich, weil man auf die Gutmütigkeit der Bevölkerung baut. In jeder anderen Stadt wäre das vollständig unmöglich. Wir warnen, dass die Dinge allzusehr überspannt werden und doch daran zu denken, dass die Bevölkerung ein Recht auf eine menschenwürdige Beförderung hat. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Doppler (E.L.) bezeichnet die Verkehrsverhältnisse bei der elektrischen Strassenbahn als eine Rückständigkeit sondern gleichen. Um Mitternacht wird bei der Strassenbahn Betriebschluss gemacht und schon von halb zehn Uhr abends an wird der Verkehr so gedrosselt, dass man eine Ewigkeit auf einen Strassenbahnzug warten muss. Das ist eine Frotzelei gegenüber der Bevölkerung, die eine besondere Kritik verdient. Eine Schande für die Wiener Verkehrsverhältnisse ist auch die Ueberfüllung der Strassenbahnen, die der Bevölkerung förmlich aufgezwungen wird. Es ist nur zu wundern, dass sich die Bevölkerung einer solchen Behandlung gefallen lässt. Die rücksichtslose kurzzeitige und rückständige Art des Verkehrs macht nicht nur die Fahrgäste sondern auch die Angestellten nervös. Während ein grosser Teil von alten Angestellten einen ausgezeichneten Dienst macht, geht eine Gruppe von Angestellten rücksichtslos gegen die Bevölkerung vor. Es wird auch sehr darüber Beschwerde geführt, dass die Haltestellen nicht ausgerufen werden und dass die Beheizung der Strassenbahnhöfe im Winter sehr viel zu wünschen übrig lässt. Gemeinderat Doppler stellt den Antrag, die Linie 43 nach Neuwaldgasse hinaus auszubauen. Dann bringt er zur Sprache, dass ein Fuhrwerker, der auf das Vorkommen von Diebstählen auf Gemeindebauten aufmerksam gemacht hat, deshalb von jeder weiteren Verwendung ausgeschlossen wurde. Das ist ein System brutalster Gewalt und solange die Gemeindeverwaltung solche Niederträchtigkeiten nicht verhindert, kann ihr nicht das Vertrauen geschenkt werden. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Müller (E.L.) bringt einige Meidlinger Bezirkswünsche vor, so die Schaffung von eigenen Amträumen für die Filiale Meidling des städtischen Gewerks, die Herstellung von Umkleideräumen für die Angestellten von privaten Leichenbestattungen auf den Friedhöfen. Auch Gemeinderat Müller tadelt die Ueberfüllung auf der Strassenbahn und bezeichnet sie als eines der traurigsten Kapitel des Strassenbahnverkehrs.

Er wünscht ferner die stärkere Heranziehung des für die Strassenbahn bestehenden Textilkomitees und verlangt, dass die Frage der Untergrundbahn einer Lösung zugeführt werde. Wenn diese Frage auch wegen der Terrainverhältnisse in Wien schwer zu lösen ist, muss sie doch in Angriff genommen werden. Schliesslich gibt er dem Wunsche Ausdruck, dass die Beschwerden der Opposition berücksichtigt und ihren Wünschen Rechnung getragen werden möge. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Vizebgn. Emmerling kommt zunächst auf die Anfragen wegen Verwendung der A<sub>1</sub>leihe zurück und erklärt noch einmal, dass der Voranschlag, der im Oktober aufgestellt wurde, von der A<sub>1</sub>leihe unbeeinflusst geblieben ist. Wir haben uns verpflichtet, ein Programm über die Verwendung der A<sub>1</sub>leihe vorzulegen, dass kann natürlich nicht in wenigen Tagen geschehen.

Vizebgn. Emmerling beschäftigt sich sodann mit den Beschwerden des Gemeinderates Schels. Aufklärungsschriften sind zu Hundertausenden an die Gaskonsumenten hinausgegeben worden. Wir haben uns erst vor kurzem öffentlich bereit erklärt, jede Anlage darauf zu prüfen, ob sie den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Leider wird davon sehr wenig Gebrauch gemacht. An den Rabattsätzen beim Gaswerk hat sich nichts geändert. Was die Vorauszahlungen betrifft, so hat auch die frühere Gemeindeverwaltung sich solche Vorauszahlungen unter dem Titel einer Kautions zahlen lassen. Ausserdem musste für jeden Gasmessers monatlich eine Rente bezahlt werden. Hinsichtlich der Forderung nach Valorisierung der Vorauszahlungen beruft sich Vizebürgermeister Emmerling auf ein Urteil des Obersten Gerichtshofes in dem ausdrücklich erklärt wird, dass es sich nicht um Vorauszahlungen handle, die ins Depot gegeben wurden, sondern um Vorauszahlungen, die bei der nächsten Rechnung verrechnet wurden. Im Uebrigen ist nicht zu bestreiten, dass es sich hier um eine Art Betriebskapital für das Gaswerk und E.W. handelt. Müsste dieses durch einen verzinlichen Bankkredit ersetzt werden, so würde die Betriebsführung der Werke dadurch beeinflusst werden. Dass die Beschaffenheit der Kabel gelitten hat ist selbstverständlich, wenn man bedenkt, dass in den Kriegsjahren 98 Waggons Kupfer und 90 Waggons Blei aus der Erde genommen und dem Meloch Militarismus geopfert wurden. In der letzten Zeit wurden eine grosse Menge Kabel verlegt und wir sind bemüht durch solche Kabelverlegungen die Störungen auf ein Mindestmass herabzudrücken. Gegenüber dem Jahre 1926 ist eine wesentliche Besserung in den Störungen zu verzeichnen. Von den 356 Tagen, an denen es keine Störung gibt, spricht man nicht, während die neun Tage des Jahres wo Störungen vorkommen zum Anlass einer Kritik genommen werden. In Budapest sind unlängst alle Betriebe und Werke dreistundenlang wegen Störungen gestanden. Solche Störungen hat es bei uns nie gegeben. Vizebürgermeister Emmerling nimmt sodann gegen die Behauptung des Gemeinderates Schels Stellung, dass die Berliner Tarife niedriger seien. In Berlin muss jeder eine monatliche Gebühr von 6'20 Schilling bezahlen, auch wenn er nichts verbraucht, auch sonst sind die Strompreise sowie die Anschlusskosten wesentlich höher als bei uns. Die Arbeiten im Bergwerk Zillingdorf stehen unter der ständigen Kontrolle der Bergbaubehörden. Man darf dieses Werk nicht als Spielerei hinstellen. Denn wir schöpfen daraus 138.000 Kilowattstunden, das sind 45 Prozent unseres gesamten Stromkonsums.

Die Kosten für den Bau der Krottenbacherlinie betragen 4.4 Millionen Schilling. Gewiss keine kleine Summe, weshalb wir zunächst eine Autobuslinie hinaus führen werden.

Unrichtig ist, dass die Strassenbahn während der grossen Kälteperiode den Tourenplan nicht geändert hat. So wie jedes Jahr wurden auch heuer die Veränderungen durchgeführt. Was die Ueberstunden anlangt, so lassen sie sich bei dem Achtstundendienst nicht vermeiden. Man kann doch nicht den Schaffner am Schottenring absteigen lassen und seinen Ablöser dort postieren. Was die Wünsche und Beschwerden über den Strassenbahnverkehr anlangt, so werden sie von der Direktion genau überprüft werden. (Beifall bei der Mehrheit)

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe für die städtischen Unternehmungen wird nun von den Sozialdemokraten angenommen; ebenso die Rechnungsabschluss für das Jahr 1926 von der Leichenbestattung vom Bren-

aus und von der Ankündigungsunternehmung mit den Berichten des Kontrollamtes. Die Anträge der Gemeinderäte Doppler und Schels (Strassenbahnlinie Dornbach und Rückzahlung der Vorauszahlungen) werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Stadtrat Breitner beantragt, dass so wie in den Vorjahren auch für 1928 der Abgang auf die Kassenbestände verwiesen werden soll. Wir werden uns bemühen, sagt Stadtrat Breitner, die Kassenbestände zu schonen. (Lebhafte Heiterkeit bei der Minderheit)

Gemeinderat Zimmerl führt nun aus: Wir sind am Schluss der Beratung des Voranschlags. Stadtrat Kunschak hat die Debatte damit eingeleitet, dass er auch über das Verhältnis der Minderheit zur Mehrheit gesprochen hat. Er hat festgestellt, dass die Minderheit niemals faktische Opposition getrieben hat, sondern zur sachlichen Mitarbeit immer bereit war. Er hat aber auch festgestellt, dass die Mehrheit alle Anträge der Minderheit obstruiert. Der Verlauf dieser Budgetdebatte hat das abermals bestätigt. In der Gruppe Finanzen haben Sie alle unsere Anträge abgelehnt, in den übrigen Gruppen durch die Zuweisung zur geschäftsordnungsmässigen Behandlung begraben. Aber irgend einer Behandlung und Erledigung müssen diese Anträge doch zugeführt werden und wir erwarten, dass diese Anträge wirklich geschäftsordnungsmässig behandelt werden. Wir hoffen, dass die Antragsteller eine Antwort bekommen werden. Welcher Art waren denn unsere Anträge? Sie waren gewiss nicht parteipolitisch oder demagogisch. Wir haben beantragt, dass ein Unterausschuss des Finanzausschusses eingesetzt werde, der sich mit der Ueberprüfung der Abgaben beschäftigt und insbesondere das freie Ermessen, das bei allen unseren Abgaben eine so grosse Rolle spielt, zu prüfen hat. Der Antrag wurde abgelehnt. Am 17. Dezember hat der sozialdemokratische Nationalrat Allina im Parlament, dasselbe verlangt, obwohl bei den Bundessteuern das freie Ermessen gar keine Rolle spielt.

Im Zuge der Verhandlungen sind auch einige kritische Worte über Gemeindeangestellte gefallen. Ich erkläre hier, dass wir die Gesamtheit der städtischen Angestelltenschaft wegen ihrer Arbeitsfreudigkeit und ihrer besonderen Fähigkeiten hochschätzen und wir bitten den Herrn Bürgermeister, ihr für ihre Mitarbeit den Dank des gesamten Gemeinderates auszusprechen. Der Wiener Bevölkerung wünschen wir eine Besserung der Verhältnisse. Wir sind nicht die Vertreter von einzelnen Gruppen, sondern wir vertreten die Gesamtheit der Bevölkerung und unsere Bestrebungen gelten ihrem Wohl. (Beifall bei der Minderheit)

In seinem Schlusswort erwidert Stadtrat Breitner, dass das freie Ermessen wohl keine sympatische Angelegenheit ist, dennoch aber mit gewissen Steuern untrennbar verbunden ist, wobei allerdings der grösste Teil der Steuern für das freie Ermessen aber auch nicht den geringsten Spielraum lässt. Unser Steuersystem durch einen Unterausschuss einer Betrachtung unterziehen zu lassen, darauf können wir nicht eingehen und ich bitte das Kapitel Bilanz und Bedeckung zu genehmigen. (Beifall bei der Mehrheit)

Das Kapitel wird sodann angenommen.

Bürgermeister Seitz: Wir sind nun am Schlusse der Budgetberatung angelangt und ich danke vor allem dem Finanzreferenten Stadtrat Breitner (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit) für seine ungeheure Arbeit, die er Jahr für Jahr unermüdlich vollbringt. Wer die Arbeit Breitners beobachtet und erkennt, weiss, dass die grossen Erfolge unserer Verwaltung vor allem auf den unermüdelichen Fleiss des Stadtrates Breitner zurückzuführen sind. Wohldanke auch allen Stadträten, den Vorsitzenden die mich in der Führung des Vorsitzes unterstützt haben und ich danke auch allen Mitgliedern des Gemeinderates, für ihre aufopfernde Arbeit. Ich danke auch dem gesamten Beamtendor der Stadt, ich danke insbesondere dem Magistratsdirektor Dr. Hartl, den Obermagistratsrat Dr. Neumayer, dem Direktor Knobloch und dem Kontrollamtsdirektor Millner, die mit ungeheuren Fleiss und mit grosser Opferfreudigkeit an der grossen Arbeit teilgenommen haben. Nicht zuletzt danke ich auch den Mitgliedern des Stenographenbüros und der Rathauskorrespondenz für die wirklich ausgezeichneten Dienste. (Lebhafte Beifall)

4

Es gelangt dann noch das Geschäftstück über den Ankauf der Bäckerei des I. Wiener Konsumvereines in Ottakring zur Verhandlung. Das Referat erstattet Gemeinderat Suchanek, dazu bemerkt Gemeinderat Körper, es sei zu befürchten, dass die Bäckerei, eine sehr grosse Anlage sei, den Gewerbetreibenden arge Konkurrenz mache.

GR. Suchanek bemerkt, es könne heute noch nicht festgestellt werden in welchem Ausmass der Betrieb ausgenützt werden wird.

Der Antrag wird angenommen.

Bürgermeister Seitz: Wir sind am Ende der Arbeit dieses Jahres angelangt, und ich kann wohl sagen, dass wir alle ohne Unterschied, sowohl die Mehrheit wie die Opposition in diesem Jahre hinsichtlich des Umfanges wie der Intensität grosse Arbeit geleistet haben. Man kann sich eine geordnete und gute Verwaltung ohne einen gut funktionierenden parlamentarischen Körper nicht vorstellen. Zu einem solchen parlamentarischen Körper gehört nicht nur eine tragfähige Mehrheit sondern auch eine kritikübende Opposition. Ich glaube, wohl ohne anmassend zu sein, sagen zu können, sowohl der eine wie der andere Teil des Gemeinderates hat gemäss seiner Funktion gute Arbeit geleistet. <sup>Dadurch</sup> ist ein ungeheurer Fortschritt in der Verwaltung der Stadt erzielt worden. Es ist eine Fortsetzung der Aufbauarbeit, zu der wir verpflichtet sind und die leider noch sehr viele Jahre andauern wird, bis wir alles das überwunden haben werden, was das Schicksal Oesterreichs und damit auch das Schicksal der Stadt Wien geworden ist. <sup>Da es nichts vollkommenes gibt, wird</sup> Die Verwaltung der Stadt immer Kritik finden, aber sie erfreut sich doch in der Bevölkerung der Achtung und Anerkennung, sie erfreut sich auch der Achtung und Anerkennung des Auslandes und die grosse Tatsache des Zustandekommens unserer Anleihe, die Art ihres Zustandekommens und ihre ganze Gestaltung, ist ein Beweis dafür, dass auch das Ausland die Verwaltung der Gemeinde für eine gute hält, dass an uns Vertrauen schenkt und an den Aufbau der Stadt Wien wirklich glaubt.

Immer werden die Meinungsverschiedenheiten fortbestehen. Es wird immer die Klage der Mehrheit sein, dass sie in ihrem kühnen Flug durch die Opposition gehemmt wird und es wird immer die Klage der Opposition sein, dass sie ihre Wünsche nicht durchsetzt. <sup>Allerdings</sup> wird es auch immer der Triumph der Opposition sein, dass viele ihrer Anregungen von der Mehrheit schliesslich anerkannt werden.

Im parlamentarischen Verkehr / <sup>ringen immer gegen</sup> Ideen / einander <sup>Das diese</sup> Rängen sich / <sup>von Ausnahmen abgesehen</sup> in urbanen und kollegialen Formen vollzogen hat, das freuen wir uns. Es entspricht dem Volkscharakter der Wiener, dass sie Feindschaft nicht kennen, wenn sie auch oft lebhaft gegeneinander disputieren.

Der Bürgermeister dankt sodann allen Mitgliedern des Gemeinderates, den Ausschüssen und Kommissionen, den beiden Vizebürgermeistern, dem Vorsitzenden des Gemeinderates, den manuellen und den geistigen Arbeitern, die ihre Kraft in den Dienst der Verwaltung der Stadt stellen und wünscht allen Mitgliedern des Gemeinderates ein frohes und glückliches Neujahr.

Dem Volke von Wien wünschen wir alle, dass sich die Hoffnungen die sie an das Neue Jahr knüpfen verwirklichen,

dass es sich allmählich emporhebe, dass das furchtbare Gespenst der Arbeitslosigkeit gebannt werde, dass sich unsere Wirtschaft wieder belebe, und dass die Stadt auch im neuen Jahre einer glücklichen Zukunft entgegengehe (Stürmischer und anhaltender Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Schluss der Sitzung acht Uhr abends.